

**Rede
des Sprechers für Justizvollzug und Straffälligenhilfe**

Marco Brunotte, MdL

zu TOP Nr. 34

**Haushaltsberatungen 2017/2018 –
Haushaltsschwerpunkt Justiz**

während der Plenarsitzung vom 14.12.2016
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Auch ich möchte mich zu Beginn bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Justizministeriums bzw. des Haushaltsreferats für die guten Haushaltsberatungen und für die Unterlagen bedanken, die zur Verfügung gestellt wurden. Ich glaube, der Justizhaushalt ist ein wichtiger Entwurf für den Doppelhaushalt, der die Erfolge der rot-grünen Mehrheit hier im Haus weiterführt und von daher eine ganz klare Handschrift trägt.

Bei der Rede des Kollegen Deppmeyer hat mich mehr als irritiert, dass sich nach Ihrer Aussage die Zahl der Inhaftierten von 2003 bis 2013 halbiert hat, Sie aber gleichzeitig im Zeitraum der Halbierung der Gefangenenzahl eine teilprivatisierte Anstalt gebaut haben. Das erschließt sich unter Wirtschaftlichkeitsaspekten ja noch weniger!

Sie müssen also noch einmal nachlesen, was Sie da in eigener Regierungsverantwortung gemacht haben. Wir lehnen Privatisierungen im Vollzug weiterhin ab. Von daher haben wir da eine klare Basis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der Haushalt trägt – das habe ich gesagt – eine klare Handschrift. Wir haben für die Anlaufstellen der Straffälligenhilfe weitere Mittel zur Verfügung gestellt, um die Lücke, die in Verden besteht, schließen zu können. Das ist eine Fortsetzung der deutlichen Erhöhung, die wir mit dem ersten Haushalt von Rot-Grün bereits realisiert haben. Denn wir finden, die Anlaufstellen leisten eine wichtige und unverzichtbare Arbeit für die Resozialisierung im Land Niedersachsen. Von daher vielen Dank für diese wichtige Arbeit, deren Bedeutung auch durch den Haushalt dokumentiert wird!

Wir haben als Querverbindung zwischen dem Sozial- und dem Justizbereich die sozialpädagogischen Maßnahmen für straffällige junge Menschen im Sozialhaushalt. Aber auch hier profitiert der Justizhaushalt, weil es darum geht, junge Menschen davor zu bewahren, in den Vollzug zu kommen, ihnen den

richtigen Weg mit zu weisen und sie auch vor dem Arrest zu bewahren. Wir finden, dass diese Maßnahme richtig. Deswegen unterstützen wir sie gerne.

Für die Resozialisierung muss der Staat die dafür erforderlichen Maßnahmen liefern. Deswegen haben wir im Haushalt 90.000 Euro für eine Basisqualifizierung „Fachkraft Objektdienstleistungen“ aufgenommen. Dabei geht es darum, Straftätern nach Verbüßung der Strafe auch das Ankommen zu ermöglichen. Das ist häufig dadurch erfolgreich, indem man den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Deswegen haben wir mit dieser Basisqualifizierung im Haushalt einen Akzent gesetzt.

Das Gleiche gilt für das Thema Videodolmetscher, die auch für den Vollzug eingesetzt werden sollen.

Für das interkulturelle Kommunikationstraining stehen auch in diesem Jahr 50.000 Euro zur Verfügung – ein Thema, das vor allem bei Gesprächen mit Bediensteten im Vollzug von großer Bedeutung ist, um sich auf veränderte Hafterfordernisse einstellen und mit einer neuen Art von Inhaftierten umgehen zu können. Das Gleiche gilt für den Bereich Sprachkurse für Jungtäter und im Erwachsenenvollzug, die wir möglich machen.

Für den Bereich muslimische Seelsorge haben wir mit 116.000 Euro die Möglichkeiten dafür geschaffen, dass Bedienstete in diesem Bereich tätig sind. Wir haben für den AJSD 10.000 Euro für den Abbau von Sprachbarrieren mit eingestellt.

Ich will auch den unveränderten Zuschlag für die Anwärtnerinnen und Anwärter erwähnen. Auch das ist ein kleiner Baustein, der wichtig ist.

Wichtig ist auch die Überführung der Maßnahmen, die für die Polizeikräfte gelten, auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vollzug. Damit meine ich die Vergütung für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.

Im Einzelplan 20 räumt Rot-Grün weiter mit dem auf, was Schwarz-Gelb hinterlassen hat. Wir haben bereits mit den vorherigen Haushalten das Küchenkonzept in Hameln, Wolfenbüttel und Vechta auf den Weg gebracht.

Frau Ross-Luttmann, Sie gehörten ein paar Jahre zur Landesregierung. Ich finde Ihre Forderung in Bezug auf das, was Sie nicht geschafft haben, was Sie mit mageren 6 Millionen Euro anfinanziert haben, schon reichlich verwegen. Sie wissen genau, dass eine größere Maßnahme für den Vollzug im Justizzentrum Osnabrück ansteht. Rot-Grün macht das jetzt möglich, weil u. a. Kathrin Wahlmann und Frank Henning und die Kollegen der Grünen sich dafür engagiert und ins Zeug gelegt haben. Wir räumen jetzt mit dem Sanierungsstau in dieser Anstalt massiv auf. Das hätten Sie in Ihrer Regierungsverantwortung selber machen können!

- Sie brauchen da gar nicht zu lamentieren. Sie hätten das ändern können. Sie wollten es nicht; denn Sie haben an der Stelle keine Mittel zur Verfügung gestellt.

Mit den Aussagen zur Sicherungsverwahrung hat mich der Kollege Deppmeyer das zweite Mal irritiert. Denn diese Landesregierung sorgt dafür, dass die gestiegenen Haftzahlen im Bereich der Sicherungsverwahrung durch einen zweiten Standort in der JVA Meppen mit zusätzlichen zehn Plätzen abgedeckt werden können. Das ist mehrfach Thema im Unterausschuss und auch bei der Bereisung im Emsland gewesen. Diese Landesregierung zeigt, dass sie auf die Erfordernisse des Vollzuges mehr als angemessen reagieren kann. Von daher habe ich Ihren Redebeitrag an der Stelle wie auch zu vielen anderen Bereichen überhaupt nicht verstanden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Gleiche gilt für den Bereich Vollzugszulage und Werkmeister. Das, was man nun viermal gefordert hat, hätte man vielleicht schon fordern sollen, als man selber in der Regierungsverantwortung war. Da hätte man das umsetzen können. Da hat man sich aber nicht dafür interessiert.

Es ist schon immer etwas seltsam, wenn man in Oppositionszeiten das fordert, was man in der Regierungszeit nicht umsetzen konnte.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der inhaltliche Anspruch, den wir an den Bereich Resozialisierung haben, ist durch den gemeinsamen Entschließungsantrag, den wir in dieser Wahlperiode beschließen konnten, mehr als deutlich geworden.

Ich finde, es ist ein mehr als richtiges Zeichen dieses Hauses gewesen, sich einstimmig mit einem Antrag, der von allen Fraktionen getragen wurde, vor die Bediensteten zu stellen und dafür zu sorgen, dass ein vernünftiger Rahmen für Resozialisierung in diesem Land geschaffen werden kann.

Ich möchte zum Schluss den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Justizvollzug danken, die tagtäglich dazu beitragen, dass wir einen wirksamen Vollzug haben, der sicher ist und der gleichzeitig Resozialisierung garantiert. Dort wird eine tolle Arbeit geleistet. Wir merken, dass man gut qualifizierte Mitarbeiter mit einem hohen Anspruch an sich selbst hat.

Ich möchte an zweiter Stelle – der Kollege ist jetzt nicht da – den Mitgliedern der Anstaltsbeiräte in Niedersachsen danken. Ronald Schminke ist in unserer Fraktion Anstaltsbeirat und übernimmt an dieser Stelle wichtige Arbeit. Ich danke den Anlaufstellen und all denjenigen, die für eine Resozialisierung sorgen. Zum Schluss danke ich auch dem Unterausschuss „Justizvollzug und Straffälligenhilfe“ für die konstruktive Arbeit und für das gute Miteinander.

Vielen Dank.